Stand: 10.06.2025 02:14:43

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6928

"Deindustrialisierung verhindern: Deswegen Nein zu Strompreiszonen - Jetzt handeln statt nur schimpfen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6928 vom 04.06.2025
2. Beschluss des Plenums 19/6998 vom 05.06.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 04.06.2025 **Drucksache 19/6928**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Deindustrialisierung verhindern:
Deswegen Nein zu Strompreiszonen – Jetzt handeln statt nur schimpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt die Einführung von Strompreiszonen in Deutschland ab. Er unterstützt die Staatsregierung in ihrer Haltung, sich auf Bundes- und EU-Ebene entschieden gegen eine Aufspaltung der einheitlichen Strompreiszone einzusetzen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, alles Notwendige zu unternehmen, um Strompreiszonen dauerhaft überflüssig zu machen.

Dazu gehört insbesondere, den Ausbau der erforderlichen Übertragungs- und Verteilnetze, netzdienlicher Stromspeicher, Windkraftanlagen sowie steuerbarer, netzdienlicher Kraftwerke im Freistaat bestmöglich zu fördern und deutlich zu beschleunigen sowie sich dafür auf Bundesebene mit Nachdruck einzusetzen.

Begründung:

Am 28. April 2025 haben die europäischen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) im Auftrag der EU-Regulierungsagentur ACER den sogenannten Bidding Zone Review (BZR) abgeschlossen. Darin wird unter anderem die Aufteilung der deutsch-luxemburgischen Stromgebotszone in mehrere Preiszonen untersucht.

Die vier deutschen ÜNB warnen jedoch eindringlich vor einer solchen Zerschneidung des Strommarkts. Die in der Studie berechneten Wohlfahrtsgewinne betragen weniger als 1 Prozent der gesamten Stromsystemkosten – ein marginaler Nutzen angesichts erheblicher Risiken: Umstellungskosten in Milliardenhöhe, steigende regionale Strompreise, sinkende Investitionssicherheit und die Gefahr einer Deindustrialisierung insbesondere in Süddeutschland.

Hinzu kommt: Die Analyse beruht auf veralteten Daten aus dem Jahr 2019 und berücksichtigt weder den Netzausbau – insbesondere bei den HGÜ-Leitungen (HGÜ = Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung) – noch den dynamischen Zubau erneuerbarer Energien. Eine Umsetzung neuer Preiszonen würde frühestens 2030 erfolgen – zu einem Zeitpunkt, an dem sich das Stromsystem bereits grundlegend verändert haben wird.

Auch aus Sicht der Netzstabilität und Versorgungssicherheit wären andere Maßnahmen wesentlich wirkungsvoller als eine geografische Marktsegmentierung – etwa der gezielte Ausbau netzdienlicher Speicher, steuerbarer Kraftwerkskapazitäten und ein leistungsfähiger Kapazitätsmarkt mit regionaler Komponente.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Gerade mit Blick auf die drohenden Folgen einer Preiszonen-Aufspaltung wird deutlich: Bayern muss seinen Beitrag zur Netz- und Systemstabilität jetzt deutlich erhöhen. Regionale Netzengpässe lassen sich nicht durch Debatten, sondern nur durch entschlossenes Handeln und gezielte Investitionen vor Ort beseitigen.

Konkret bedeutet das,

– den Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze energisch voranzutreiben, damit Strom aus erneuerbaren Quellen zuverlässig transportiert werden kann,

– den Zubau von Windkraftanlagen, insbesondere in Oberbayern und Niederbayern, gezielt zu beschleunigen,

– die gemeinsame Nutzung von Netzanschlüssen durch Windenergie und Photovoltaik voranzutreiben,

– schnellen und netzdienlichen Aufbau von Stromspeichern umfassend voranzubringen, um Erzeugungsschwankungen besser auszugleichen,

– die bessere Steuerungs-Nutzung bestehender Kraftwerke,

– soweit nötig, den gezielten Neubau regelbarer Kraftwerke an systemrelevanten Standorten im Land.

Diese Maßnahmen stärken die Versorgungssicherheit, machen Bayern unabhängiger von Stromimporten und sind die wirksamste politische Antwort auf den Versuch, Strompreiszonen einzuführen – mit strukturellen Nachteilen für die bayerische Industrie.

Die Staatsregierung ist daher aufgefordert, bestehende Hürden im Planungs- und Genehmigungsrecht – ebenso wie in der praktischen Umsetzung – konsequent abzubauen, Förderinstrumente weiterzuentwickeln und vor allem rasch eine konkrete Strategie vorzulegen, um die Energiewende, den Netz- und Speicherausbau im Freistaat entschlossen und systemstabilisierend voranzubringen sowie sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 05.06.2025 **Drucksache** 19/**6998**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/**6928**

Deindustrialisierung verhindern:
Deswegen Nein zu Strompreiszonen – Jetzt handeln statt nur schimpfen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.